

## Katholische Volkspartei (KVP)

---

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1994 .....	1
1995 .....	1
1996 .....	1
1998 .....	1
1999 .....	2
2000 .....	2

### 1994

In Obwalden wurde von teilweise ehemaligen CVP-Parteimitgliedern die **Christlich-konservative Volkspartei (CKP) gegründet**, da die CVP ihrer Meinung nach dem christlichen Anspruch nicht mehr gerecht werde. Im Parteiprogramm sprach sich die neue Partei etwa gegen Abtreibung, Verhütungsmittel und Drogenkonsum aus; sie will Wertezerfall und Orientierungslosigkeit der Gesellschaft bekämpfen. Integrationspolitisch beschreitet sie einen der Zürcher SVP analogen Kurs. Zum Parteipräsidenten wurde Lukas Brühwiler gewählt.

### 1995

Die **Christlich-konservative Volkspartei (CKP)**, die 1994 aus der Taufe gehoben worden war, gründete in den Kantonen Aargau, Luzern, Thurgau und Zürich unter dem Namen **Katholische Volkspartei** weitere Sektionen. Die Partei trat unter anderem gegen Abtreibung und Konventionalscheidung, Feminismus, eine liberalisierte Drogenabgabe, die Neat und den EU-Beitritt an, forderte aber die Einführung des Schulgebets.

### 1996

In der **Katholischen Volkspartei (KVP)** kam es zu einem parteiinternen Zwist um Mitglieder mit sektiererischem Hintergrund. Mehreren Anhängern von Endzeit-Sekten und dem umstrittenen Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM), die in den Parteigremien Einsitz genommen hatten, wurde vorgeworfen, die Partei unterwandern zu wollen. Diese Mitglieder wurden zwar abgesetzt, trotzdem warf die Zürcher KVP der Mutterpartei weiterhin Nähe zum VPM vor und spaltete sich von ihr ab.

### 1998

Ein Komitee "Pro Familie und Ehe", dem vor allem **Mitglieder der Katholischen Volkspartei Schweiz (KVP)** angehörten, ergriff das **Referendum gegen das revidierte Scheidungsrecht**. Das Referendumskomitee, an dessen Spitze KVP-Präsident Lukas Brühwiler stand, begründete diesen Schritt damit, dass das neue Gesetz einen Angriff auf den Kern von Ehe und Familie

darstelle. Das Referendum kam allerdings mit bloss 30 000 gesammelten Unterschriften **nicht zustande**. Ferner unterstützte die KVP das Referendum gegen die Revision des Invalidenversicherungsgesetzes; sie stiess sich an der Abschaffung der Viertelsrente. Parteipräsident Brühwiler wurde am Parteikongress der KVP in Olten für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt.

## 1999

Im Spätsommer wurde in der Presse behauptet, der **Katholischen Volkspartei** (KVP) gehörten sowohl in führenden Positionen wie auch unter den Parteiangehörigen einige Mitglieder des Vereins zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM) an. Diese Vorwürfe wies KVP-Präsident Lukas Brühwiler-Frésey vehement zurück; keine der leitenden Funktionen in der Partei sei mit VPM-Mitgliedern besetzt. Die Partei wehrte sich ausserdem gegen die Bezeichnung "rechtskatholisch", die in den Medien häufig Verwendung fand. Im November gelangte der Presserat zum Schluss, dass die politische Einordnung der KVP mit "ganz rechts aussen" bezeichnet werden dürfe.

## 2000

Der Presserat wies im Berichtsjahr eine Klage des Präsidenten der **Katholischen Volkspartei** (KVP), Lukas Brühwiler, ab, die Thurgauer Tagesspiegel-Zeitungen hätten die Position der KVP Thurgau im Abstimmungskampf um die bilateralen Verträge mit der EU praktisch boykottiert. Brühwiler hatte der EU unter anderem den Vorwurf des Eurofaschismus und des Marxismus-Leninismus gemacht. Einzig die Widergabe der Parole wäre aus der Sicht des Presserates wünschbar gewesen. Zur Anschuldigung, der Zeitungsverband boykottiere die KVP überhaupt, erklärte der Presserat, es sei Sache der Redaktion zu entscheiden, ob eine Information für das Publikum relevant und interessant sei. Der Presserat hat hingegen eine frühere Beschwerde gegen den Tagesspiegel-Verband gutgeheissen. Die Redaktion hatte beim Abdruck von Leserbriefen Brühwilers wichtige Informationen weggestrichen und den Autor nicht wie gewünscht als Ständeratskandidaten sondern als KVP-Präsidenten bezeichnet.